
Jahresbericht 2010/11

**„Warum folgt man der Mehrheit? Etwa weil sie Vernunft besitzt?
Nein, weil sie stärker ist.“**

Blaise Pascal

(1623-62, franz. Mathematiker und Philosoph)

Solothurner Landhausversammlung und Forum zur Stärkung der Menschenrechte und der Direkten Demokratie (FMD)

Durch die Volksabstimmungen erst zur Minarettverbot-Initiative und dann zur Ausschaffungs-Initiative wuchs bei einer breit gefächerten Vielzahl an engagierten Persönlichkeiten und zivilgesellschaftlichen Organisationen die Erkenntnis, dass es aufgrund der Zunahme von solchen menschenrechtsverletzenden Volksinitiativen in den letzten Jahren in unserem Lande Handlungs- und Reformbedarf gibt. Auch die GMS gehörte, gemeinsam mit vielen anderen Interessierten, vor allem in der Person unseres Präsidenten a.Bundesgerichtspräsident Dr. Giuseppe Nay, zu den Initianten und Mitträgern der Solothurner Landhausversammlung und des neu gegründeten Forums zur Stärkung der Menschenrechte und der Direkten Demokratie (FMD).

Zwei Landhausversammlungen haben 2010 unter Mitwirkung der GMS stattgefunden. Am 29. Mai 2010 versammelten sich erstmals im Solothurner Landhaus über 200 Personen aus der ganzen Schweiz, um gemeinsam die Grundpfeiler unserer Direkten Demokratie zu stärken und Ideen zu generieren, wie das Zusammenwirken von Direkter Demokratie und Grund- und Menschenrechten für die Zukunft verbessert und gestärkt werden könne. Gemeinsam wurde die "Solothurner Erklärung" verabschiedet. Den Schwerpunkt der zweiten Landhausversammlung am 9. Oktober 2010 bildete die Fortsetzung der Diskussionen mit Fachleuten aus Parlament, Wissenschaft und Gesellschaft über Notwendigkeiten und Möglichkeiten entsprechender Reformen zur Verbesserung des Zusammenspiels von Menschenrechten und Direkter Demokratie in der Schweiz. Die dritte Landhausversammlung am Samstag, 12. März 2011 beschäftigt sich mit der vertieften Diskussion über Reformvorschläge und Kommunikationsstrategien. Eines der Ziele ist es, in Zukunft durch Erweiterung der Gründe für die Ungültigerklärung von eidg. Volksinitiativen zu verhindern, dass das Schweizer Stimmvolk über Begehren abstimmen muss, welche nicht umsetzbar sind.

Für die GMS, die für ein menschenrechtsverträgliches Demokratieverständnis einsteht, sind die Ziele der Landhausversammlung und des Forums ein grosses Anliegen. Volksinitiativen, die Menschenrechte oder zwingendes Völkerrecht verletzen, sind gefährlich für unsere Minderheiten, und eine Erweiterung von Gründen zur Beschränkung von solchen Initiativen ist wichtig für deren Schutz. Die GMS engagiert sich deshalb an Landhausversammlung und Forum mit fachlicher, finanzieller, kommunikativer und administrativer Unterstützung.

⇒ Siehe hierzu auch die Website der Solothurner Landhausversammlung:

<http://www.landhausversammlung.ch/v01/Willkommen.html> und

http://gms-minderheiten.ch/images/solothurner_erklaerung_vom_29_mai_2010.pdf

«2 x Nein» gegen unmenschliche Ausschaffungen

Aus Sorge um den Rechtsstaat und um unsere Bundesverfassung beschloss der GMS-Vorstand, nicht nur die Ausschaffungsinitiative der SVP abzulehnen, sondern auch den Gegenvorschlag der Parlamentsmehrheit. Unser Nein zur völkerrechtswidrigen SVP-Initiative, welche Ausschaffungen auch in Länder mit Folter und Todesstrafe zulässt, verstand sich von selbst. Mehr erklären mussten wir, weshalb auch der Gegenvorschlag eine schlechte Lösung war: Er verletzte eine Grundlage der Rechtsstaatlichkeit – das Prinzip der Verhältnismässigkeit. Auch bedingte Freiheitsstrafen, die ein Verurteilter wegen der erwarteten Bewährung nicht absitzen muss, konnten gemäss dem Gegenvorschlag zur Ausschaffung führen. Weil Härte gegen Ausländer derzeit offensichtlich populär ist, war die Parlamentsmehrheit der SVP-Initiative so weit entgegengekommen, dass die GMS diesen Gegenvorschlag nicht unterstützen konnte. Auch wenn es im hitzigen Abstimmungskampf vergessen ging: Die Schweiz besass bereits alle notwendigen rechtlichen Mittel, um ausländische Kriminelle nach schwereren Delikten des Landes zu verweisen. Und was ebenfalls übersehen wurde: Gegen EU-Bürger und -Bürgerinnen darf auch die pauschale SVP-Initiative nicht angewandt werden; für diese knapp zwei Drittel der ausländischen Bevölkerung in der Schweiz gelten nach wie vor die Regeln der bilateralen Verträge.

Am 28. November 2010 haben wir den Kampf relativ knapp verloren: 52,9 % der Stimmenden nahmen die SVP-Ausschaffungsinitiative an. Die GMS wird aber aufmerksam beobachten, wie dieses verfassungswidrige Monstrum in unseren Rechtsstaat eingebaut werden soll.

Sigi Feigel-Gastprofessur

Im Jahre 2010 wurde die Sigi Feigel-Gastprofessur für Jüdische Studien an der Universität Zürich verwirklicht, nachdem sie über mehrere Jahre konzeptuell, institutionell und finanziell vorbereitet worden war. Das erste Lebensjahr ergibt ein überaus positives Bild.

Das Konzept hat sich bewährt:

Im Frühjahrssemester ist die Gastprofessur jeweils besetzt. Der Gastprofessor/die Gastprofessorin ist verantwortlich für eine Vorlesung und ein Seminar in Zürich und führt gleichzeitig ein Seminar durch am Institut für Jüdische Studien der Universität Basel. Weitere Veranstaltungen sind erwünscht.

Das Herbstsemester ist dagegen ein "Brückensemester": Die Gastprofessur ist nicht besetzt. Aber im Sinne der Gegenleistung für das Seminar der Gastprofessorin im Frühjahrssemester in Basel hält ein Dozent des Basler Instituts in Zürich ein Seminar. Daneben werden je nach Möglichkeit Veranstaltungen in thematischem oder personellem Zusammenhang mit der Gastprofessur und in Kooperation mit andern Trägern durchgeführt.

Konkret sah dies 2010 folgendermassen aus:

Für das Frühjahrssemester war Frau Prof. Dr. Mirjam Bienenstock Gastprofessorin. Als Philosophieprofessorin an der Université François Rabelais im französischen Tours legte sie in ihren Lehrveranstaltungen das Hauptgewicht auf jüdische DenkerInnen verschiedener Epochen. Zusätzliche Veranstaltungen waren die Ringvorlesung „Das Judentum und die Wissenschaften“ in Zusammenarbeit mit Prof. Andreas Kilcher, ETH, und Prof. Konrad Schmid, Theologische Fakultät. Dazu kam in Kooperation mit der Franz Rosenzweig Gesellschaft der öffentliche Gastvortrag von Prof. Paul R. Mendes-Flohr aus Chicago über Franz Rosenzweigs Auslegung des Hohen Liedes.

Im Herbstsemester war die Gastprofessur nicht besetzt. Dennoch trat die Sigi Feigel-Gastprofessur als Institution vielfältig und prominent in Erscheinung: PD Dr. Erik Petry vom Basler Institut für Jüdische Studien hielt das Seminar „Zionismus – religionsgebundene Utopie oder staatstragende Bewegung?“ Am 25./26. November 2010 fand in Zusammenarbeit mit dem Institut für Hermeneutik und Religionsphilosophie und mit prominenter internationaler Besetzung die Tagung „Religiöse Toleranz heute – und gestern“ statt. Der Hinführung auf diese Tagung diente das Seminar von Prof. Pierre Bühler, Ko-Leiter des Instituts für Hermeneutik und Religionsphilosophie, „Religiöse Toleranz – historische Beleuchtungen eines aktuellen Begriffs“.

Ertrag:

Alle Veranstaltungen waren gut, einige sehr gut besucht. Die Kooperation mit andern Trägern von Universität und ETH führte zu Synergien, von denen die Sigi Feigel Gastprofessur inhaltlich, werbemässig und finanziell in hohem Masse profitierte. Die Marke Sigi Feigel-Gastprofessur erinnerte in der Öffentlichkeit immer wieder direkt oder indirekt an Sigi Feigel, ohne den es die GMS nicht gäbe.

Ausblick:

Nicht vergessen darf man, dass die Gastprofessur finanziell noch nicht für den ganzen geplanten Zeitraum von zehn Jahren gesichert ist. Von den insgesamt benötigten CHF 800'000 sind CHF 670'000 fest zugesagt. Wir hoffen, dass es dank den positiven Erfahrungen gelingt, weitere GönnerInnen zu finden, die sich durch das Anliegen der jüdischen Studien in Zürich und durch das Gedenken an Sigi Feigel motivieren lassen.

Grabfelder für MuslimeErfolg in Winterthur

Das Jahr 2010 brachte in dieser Sache ein positives Ergebnis: Die Stadt Winterthur errichtet auf dem Friedhof Rosenberg ein Grabfeld für Muslime. Der Gemeinderat stimmte am 8.11.2010 dem dafür nötigen Objektkredit von 1,5 Mio zu. Bemerkenswerterweise mit 42 Ja und lediglich fünf Stimmenthaltungen (von CVP und der SD, die eventuelle Schwierigkeiten bei einer Zweitbelegung der Grabstätten befürchten). Die Fraktion der SVP konnte „mit gutem Gewissen zustimmen.“

Dieser positive Entscheid fiel fast auf den Tag genau vier Jahre nach der ersten Besprechung der Vertreter der GMS mit dem zuständigen Stadtrat und seinen Chefbeamten. Danach setzte der im demokratischen Staatswesen vorgesehene Prozess ein. Die Verantwortlichen legten Wert auf eine sorgfältige Projektplanung mit einem Wettbewerb unter sechs eingeladenen Landschaftsarchitekten. In alle Phasen des Prozesses inkl. Jurierung der Wettbewerbsarbeiten waren drei Vertreter der Muslimischen Gemeinschaften und ein Vertreter der GMS einbezogen. Die Verantwortlichen legten zudem Wert auf regelmässige Information der Vertreter anderer Religionsgemeinschaften. Der Verlauf des Prozesses in Winterthur zeigt, was auch in angespannter Situation möglich ist, wenn die verantwortlichen Behörden auf Grund der demokratisch-rechtstaatlichen Regeln ihres Amtes walten. Es ist zu hoffen, dass dieses Beispiel den Stadträten in andern grossen Gemeinden Mut macht zu gleichem Vorgehen.

Neuer Einsatz in Dietikon und Schlieren

Im September kam es zu einer zweiten Besprechung mit den Stadtpräsidenten von Dietikon bzw. Schlieren zum Anliegen Grabfelder für Muslime. Dietikon und Schlieren sind die Gemeinden im Kanton Zürich mit dem höchsten Anteil von Muslimen an der Wohnbevölkerung, 12% bzw. 10% Muslime.

Eine erste Besprechung vor drei Jahren hatte der Information und Dokumentation über die Erfordernisse eines Grabfeldes für Muslime gedient. Dies führte damals zwar zu Besprechungen der Stadtpräsidenten mit Muslimen ihrer Gemeinden sowie zu einem Austausch im Rahmen der Konferenz der Gemeindepräsidenten, aber auch zum Ergebnis: Die Zeit sei noch nicht reif.

Die Vertreter der GMS vertraten in den neuen Besprechungen die Auffassung, dass die Zeit unterdessen gereift sei und legten entsprechende Argumente vor (siehe den Beitrag „Sieben Argumente für das Schaffen von Grabfeldern für Muslime auf den öffentlichen kommunalen Friedhöfen“ unter dem nachfolgenden Link auf der Website der GMS). Nun warten wir ab, zu welchen Schlüssen die stadtratinternen Besprechungen heute führen. Die GMS ist weiterhin bereit, gute Dienste zu leisten.

⇒ Siehe: <http://www.gms-minderheiten.ch/index.php/de/graberfelder-fuer-muslime>

Beiträge zugunsten der Jenischen und Fahrenden

Auch 2010 verfolgte die GMS wieder aufmerksam die Entwicklung der Situation für die Jenischen und Fahrenden in unserem Lande und versuchte, vor allem durch Öffentlichkeitsarbeit mit Expertenmeinungen, Interviews und Leserbriefen zu intervenieren und aufzuklären. Denn obwohl sich der Bund mit der Ratifizierung des Rahmenübereinkommens des Europarats vom 1. Februar 1995 zum Schutz nationaler Minderheiten verpflichtet hatte, die Lebensgrundlagen der fahrenden jenischen Bevölkerung zu sichern, fehlt es unseren einheimischen Jenischen nach wie vor an Durchgangs- und Standplätzen.

Erfreulich war die positive Antwort des Kantons Aargau bezüglich des Richtplanes "Haltplätze für Fahrende", an dessen Vernehmlassung auch die GMS und die Radgenossenschaft teilgenommen hatten. Trotz eines Vorstosses der Aargauer BDP, welche die "Gunst der Stunde" nach der Minirettverbots-Abstimmung gegen solche Standplätze nutzen wollte, hiessen Regierungsrat und Grosser Rat des Kantons Aargau die Anpassung des Richtplanes gut. Es gibt nun im Aargau vier festgesetzte Durchgangsplätze und einen Standplatz.

Die GMS unterstützte mit einem finanziellen Beitrag die Produktion einer sehr sehenswerten, neuen DVD „jung und jensch - ein Jahr mit Schweizer Zigeunern auf Achse“, welche die sonst eher verschlossene Welt der jungen Jenischen in der Schweiz zeigt und einen zugänglichen Beitrag zum Verständnis jenischer Lebensweise leisten will. (⇒ Siehe www.jungundjensch.ch)

Chronologie "Rassismus in der Schweiz"

Die seit vielen Jahren enge Zusammenarbeit der GMS mit ihrer Schwesterstiftung GRA Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus resultiert - neben anderen Projekten und Aktivitäten - in der gemeinsamen jährlichen Herausgabe der gedruckten Version der Chronologie "Rassismus in der Schweiz".

Die Ausgabe 2009 erschien erstmals in neuer, reduzierter Form. Aus der Erkenntnis heraus, dass eine grosse Mehrheit aller Nutzer der Chronologie heute mit der elektronischen Version im Internet arbeiten, enthält die gedruckte und jeweils an ca. 15'000 Adressaten aus dem öffentlichen Leben versandte Ausgabe heute zum Nachlesen noch die gewohnten Einschätzungen über die Situation in Bezug auf Rassismus, Antisemitismus und Rechtsextremismus, während die registrierten Vorfälle selber ausschliesslich in der Internet-Version geführt und aktuell gehalten werden.

Die Chronologie "Rassismus in der Schweiz" ist auf der Website der GRA unter der Rubrik "Chronologie" zu finden und verfügt über eine benutzerfreundliche Handhabung mit Full-Search-Funktion. Für die zukünftige Weiterentwicklung der Chronologie sind Überlegungen im Gange über eine eventuelle Erweiterung der jährlichen Berichterstattung und Zusammenarbeitsmöglichkeiten mit anderen Organisationen.

⇒ Siehe auch: <http://chronologie.gra.ch/> und die gesamte Website der GRA Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus unter www.gra.ch.

GMS Interna

Vorstands-Mutationen

- Einen grossen Einschnitt bedeutete der Rücktritt unseres Präsidenten Dr. Giusep Nay gegen Ende des Jahres. Er sah sich aus gesundheitlichen Gründen auf Rat seiner Ärzte gezwungen, kürzer zu treten und sein Amt als Präsident der GMS aufzugeben. Es besteht aber berechnete Hoffnung, dass Giusep Nay weiterhin im Vorstand der GMS bleiben wird. Bis zur Wahl eines Nachfolgers oder einer Nachfolgerin leitet nun Vizepräsidentin Cécile Bühlmann in Zusammenarbeit mit Vizepräsidentin und Quästorin Dina Berlowitz die Geschicke der GMS.
- Die GMS hat für die Suche nach einem neuen Präsidenten oder einer neuen Präsidentin eine Findungskommission eingesetzt, geleitet von Ehrenpräsident Prof. Werner Kramer.

- Im Laufe des Jahres 2010 trat a.Nationalrätin Dr. Kathrin Amacker-Amann aus dem Vorstand zurück, nachdem sie durch eine berufliche Veränderung ihr Mandat im Nationalrat nicht mehr weiterführen konnte.
- Auf die kommende Generalversammlung im März 2011 hat a.Nationalrätin Verena Grendelmeier nach sehr vielen Jahren der Mitarbeit im Vorstand der GMS ihren Rücktritt angekündigt.
- Robert Huber, Präsident der Radgenossenschaft der Landstrasse und Fischhof Preisträger 2009, ist es aus gesundheitlichen Gründen leider nicht mehr möglich, die Jenischen und Fahrenden im Vorstand der GMS zu vertreten. Seine Nachfolge wird übernommen von seinem Sohn Daniel Huber, dem neuen Präsidenten der Radgenossenschaft, der sich an der kommenden GV 2011 auch zur Wahl in den GMS-Vorstand stellt.

Allen scheidenden und weiter verbleibenden Vorstandsmitgliedern sei an dieser Stelle herzlich gedankt für Ihre langjährige, ehrenamtliche Mitarbeit bei der GMS und für Ihr grosses Engagement mit Rat und Tat und Zeit und Kraft zugunsten der Minderheiten in der Schweiz.

Danke!

Auch ihren Mitgliedern und Interessenten möchte die GMS auf diesem Wege ihren Dank aussprechen. Wir danken nicht nur für das engagierte Interesse an Arbeit und Einsatz der GMS, sondern auch für die jährliche Überweisung der Mitgliederbeiträge sowie ganz besonders für die vielen zusätzlichen, grosszügigen Spenden, welche die GMS für ihre Projekte aus dem Kreis ihrer Mitglieder und Freunde in Empfang nehmen durfte. Ein beträchtlicher Teil des GMS-Einsatzes der letzten Jahre wurde erst durch diese zusätzliche Unterstützung ermöglicht, und wir empfinden grosse Dankbarkeit für diese Hilfe. Ebenfalls herzlich bedanken möchten wir uns bei unserer Schwester GRA Stiftung gegen Rassismus und Antisemitismus und deren Stiftungsrat und Stiftungsbeirat für ihre treue, grosse, jährliche Unterstützung und für die allzeit gute und enge Zusammenarbeit seit Gründung der GMS.

Zusätzliche Infos

Zusätzliche Informationen zu den obigen Kapiteln oder zu einzelnen Projekten der GMS finden Sie jederzeit auf der Internet Website der GMS unter ⇒ www.gms-minderheiten.ch .

Zürich, Ende Februar 2011

GMS GESELLSCHAFT MINDERHEITEN
IN DER SCHWEIZ

Cécile Bühlmann
Vizepräsidentin